



Amtlicher Theil.

9. Bulletin.

Ihre k. und k. Hoheit die durchlauchtigste Frau Erzherzogin Marie Theresie sind vollkommen fieberfrei, die Besserung ist fortschreitend.

Reichenau am 19. November 1879.

Dr. Kollett m. p.

3. Bulletin.

Im Befinden Ihrer k. und k. Hoheit der durchlauchtigsten Frau Erzherzogin Isabella so wie der neugeborenen Erzherzogin ist keine Veränderung eingetreten.

Krakau am 19. November 1879.

Dr. Jordan m. p.

Se. k. und k. Apostolische Majestät haben mit Allerhöchster Entschliessung vom 7. November d. J. dem Steueramtsdiener Protop Strnat in Judenburg in Anerkennung seiner vielfährigen treuen und ersprießlichen Dienstleistung das silberne Verdienstkreuz allergnädigst zu verleihen geruht.

Am 19. November 1879 wurden in der k. k. Hof- und Staatsdruckerei in Wien die italienische, böhmische, polnische, ruthensche, slovenische, kroatische und romanische Ausgabe der am 2. Juli, 21. Oktober und 4. November 1879 vorläufig bloß in der deutschen Ausgabe erschienenen Stücke XXXV, XLVIII und XLIX des Reichsgesetzblattes ausgegeben und versendet.

(„Wt. Ztg.“ Nr. 269 vom 19. November 1879.)

Nichtamtlicher Theil.

Zur Wehrfrage.

Ueber das Wehrgesetz äußert sich das „Fremdenblatt“ neuerdings in folgender Weise: „Indem die Heeresverfassung des Reiches das Schwert verkörpert, welches der Staat in die Wagtschale der Ereignisse stets zu werfen fähig ist, ist sie ein wesentlicher Factor des Einflusses nach außen. Was die Wehrverfassung schwächt, was sie erschüttert, dies schwächt, dies erschüttert und macht unsicher die Stellung eines jeden Reiches im Rathe der Mächte. Graf Taaffe hat in der bei ihm abgehaltenen parlamentarischen Conferenz die Wehrfrage von dieser Seite behandelt, und wir glauben, daß damit ihre richtige Auffassung wesentlich gefördert wurde. Es kann nicht bestritten werden, daß die Voraussetzung für ebenbürtige Allianzen die ebenbürtige Kraft und Actionsfähigkeit ist. Wenn Graf Taaffe die Bemerkung nicht unterdrücken konnte, wir könnten auch mächtige Freunde, die in uns keinen

ebenbürtigen Bundesgenossen mehr sehen würden, verlieren, so war es sicherlich seine Pflicht, auch diese schwerwiegende Erwägung den Abgeordneten nicht vorzuenthalten. Es ist die Aufgabe der Regierung, den Volksvertretern den Einblick in die ganze Tragweite dieser das Reich auf das tiefste berührenden Frage zu erschließen. Sache der letzteren ist es, dieselbe auf ihren Patriotismus und auf ihre Pflichten wirken zu lassen. Thöricht ist es und verräth eine leichtfertige Behandlung dieser wichtigen Angelegenheit, wenn nun der Versuch gemacht wird, die Worte des Ministerpräsidenten als eine bloße Pression, als einen Kunstgriff auszugeben und an die Maxime zu appellieren: „Bange machen gilt nicht.“ Die Erwägungen des Ministerpräsidenten sowie des Baron Horst fließen aus der Natur der Wehrverfassung, als der Verkörperung der Reichsmacht, und wer über solche Erwägungen sich hinwegsetzen kann, der möge dies auf eigene Verantwortung thun, aber nicht die Richtigkeit von Sätzen zu erschüttern bemüht sein, die eben nicht erschüttert werden können.

„Ein Theil der Verfassungspartei steht auch bereits auf dem Standpunkte, daß eine Armee auf Kündigung einen Staat auf Kündigung bedeutet, und ist bereits für eine längere Dauer des Wehrgesetzes einzutreten entschlossen. Ein anderer beharrt bei der Botierung des Gesetzes von Jahr zu Jahr. Von Jahr zu Jahr soll nach dessen Wunsche die Militärfrage aufgeworfen, von Jahr zu Jahr in Oesterreich und in Ungarn das Heerwesen zur Grundlage neuer Programme gemacht, von Jahr zu Jahr die Wehrorganisation von der jeweiligen Majorität, den jeweiligen Parteifusionen, der jeweiligen Parlamentspolitik abhängig gemacht werden. Die Gefahren eines solchen Mißverhältnisses, einer Dependenz der Wehrorganisation von der jeweiligen parlamentarischen Constellation in Oesterreich und in Ungarn sind so evident, deren Rückwirkung auf unsere auswärtigen Beziehungen so naheliegend, daß die Zahl derjenigen, welche nur eine Wehrorganisation von Jahr zu Jahr haben wollen, merklich zu schwinden beginnt und der Grundsatz einer Feststellung des Wehrgesetzes für mehrere Jahre auch im Lager der Verfassungspartei täglich an Boden gewinnt.

„Mittlerweile ist aus dem Lager der Verfassungspartei ein neuer Antrag erwachsen, welcher leider das Experimentieren auf dem Boden der Heeresorganisation und der Reichskraft fortsetzt. Der Abgeordnete v. Czedit beantragt, das Wehrgesetz für zehn Jahre zu votieren, aber nur unter der Bedingung, daß der Friedenspräsenzstand gesetzlich von 255,000 auf 230,000 Mann herabgesetzt und für diese ganze Zeit fixiert werde. Sicherlich ist es die Pflicht einer jeden Regie-

rung, den Präsenzstand des Friedens, soweit es die Interessen der Monarchie gestatten, zu reducieren und den Staatsschatz zu entlasten, aber auch nur insoweit. Aber eben so gewiß ist es, daß kein Staat sich in seiner Actionsmöglichkeit beschränken lassen kann. Glaubt man, daß auf diesem Wege überhaupt eine wirksame auswärtige Politik gemacht werden kann? Das Cabinet Taaffe vertritt das 1868 geschaffene Wehrsystem. Auf die Stabilisierung der Wehrverfassung und auf die Actionsfreiheit kann das Reich keiner Partei gegenüber verzichten. Eine Serie schwerer und überdies aussichtsloser Conflict droht heranzuziehen, wenn die Verfassungspartei zum nicht geringen Staunen des Continents das Signal zu Reductionen ertheilen und Europa plötzlich mit Friedensschalmeien überraschen will. Und deshalb können wir die Hoffnung nicht aufgeben, daß die Verfassungspartei weder das Ansehen der Monarchie nach außen schwächen, noch Oesterreich inneren Kämpfen um seine Wehrverfassung wird preisgeben wollen.“

Gegen den jüngst auch von uns auszugswise mitgetheilten Artikel der „Neuen freien Presse“ über die Wehrfrage wendet sich die „Presse“ und schreibt: „Die „Neue freie Presse“ hat mit haarstarrer Logik nachgewiesen, daß es die patriotische Pflicht der Verfassungspartei sei, derzeit an der Heeresorganisation nicht zu rütteln und das Wehrgesetz, so wie es besteht, ohne jede Aenderung anzunehmen. Nach dieser Apokalypse, welche mit aller Entschiedenheit die Festhaltung des jetzigen Wehrsystems befürwortet, sollte man erwarten, daß die „Neue freie Presse“ zu dem Schluß gelangen müsse: die Verfassungspartei möge das Wehrgesetz auf weitere zehn Jahre bewilligen. Aber diese Schlussfolgerung paßt nicht zur oppositionellen Logik. In dem Momente jedoch, wo die „Neue freie Presse“ in der Nichtvotierung des Wehrgesetzes auf zehn Jahre die sicherste Bürgschaft für die Erhaltung des constitutionellen Rechtes zu erblicken vermeint, bemerkt sie selbst: „Was wäre auch mit der Botierung des Wehrgesetzes auf zehn Jahre gewonnen, da doch der Reichsrath trotzdem noch insbesondere die Ziffer der auszubehenden Mannschaft festsetzt und bewilligt! Würde diese Bewilligung nicht erfolgen, so wäre die zehnjährige principielle Bewilligung ganz paralytisch, während auch ohne diese letztere die jährliche Bewilligung erfolgen kann, und so lange der Zwang der heutigen europäischen Lage herrscht, zuversichtlich auch erfolgen wird.“

Aber die „Neue freie Presse“ macht der Verfassungspartei nicht nur begreiflich, daß es im Grunde auf denselben Effect hinauskomme, ob sie für oder gegen die zehnjährige Verlängerung des Wehrgesetzes stimme; die „Neue freie Presse“ stellt es der Ver-

Feuilleton.

Was die Liebe vermag.

Roman, frei nach dem Englischen bearbeitet von Ed. Wagner (Verfasser der „Alexa“).

(Fortf.)

13. Capitel.

Mr. Peasons Rath.

Die verschleierte junge Dame, welche, wie Sir Arthur ermittelt, bis zu der Conditorei in Regentstreet gefahren, war in der That Valerie. Sie hatte streng nach der Belehrung gehandelt, die Mr. Reynold ihr gegeben, welcher vorausgesehen, daß der junge Baronet ihr folgen würde, und es für gut erachtete, einer künftigen Begegnung der Liebenden vorzubeugen. Valerie gieng in die Conditorei, nahm eine Erfrischung zu sich und begab sich dann wieder hinaus auf die Straße.

Sie war fremd in London und nicht gewohnt, für sich selbst zu sorgen, aber ihr Onkel hatte ihr genaue und umfassende Instructionen gegeben, nach denen sie nun weiter handelte.

Sie nahm einen Wagen und fuhr nach einem Gasthof, den Robert ihr bezeichnet hatte. Hier verkehrte der Farmer oft, wenn er nach London kam, und er hatte seiner Nichte einen Brief an den ihm wohlbekanntesten Besitzer des Hauses mitgegeben. Sie wurde freundlich aufgenommen und in das beste zur Verfügung stehende Zimmer geführt.

Hier verweilte sie zwei Tage voll bitterer Qual. Am dritten Tage verließ sie den Gasthof und begab sich nach Warwick in das Pfarrhaus. Sie fand den Pfarrer zu Hause in seinem Arbeitszimmer.

Er empfing sie mit aufrichtiger Freude, wenn er auch sehr überrascht war.

„Woher kommst du, mein Kind?“ fragte er verwundert. „Man hat nach dir geforscht.“

„So ist Sir Arthur Rushfield hier gewesen?“ fragte sie rasch.

„Ja; er war gestern hier. Aber was hat das alles für eine Bewandnis? Du mußt mir ein vollständiges Bekenntnis machen, mein Kind,“ sagte der alte Herr ernst. „Vergiß nicht, daß du mir alles anvertrauen und fest auf meinen Rath und Beistand rechnen kannst.“

Valerie ließ sich auf die Einladung des Pfarrers ihm gegenüber in einen Sessel nieder.

„Sind Sie allein hier?“ fragte sie.

„Ja, mein Kind. Meine Frau ist in Canada und weiß nicht, daß ich krank gewesen bin. Die alte Haushälterin hat mich treu gepflegt und hält die Wirtschaft in Ordnung, sonst bin ich ganz allein. Wäre ich nicht so leidend gewesen, Valerie, würde ich dich zu mir haben kommen lassen. Dein Onkel hat mir mehrmals geschrieben, und aus seinen Briefen ersah ich, daß ihm deine Anwesenheit in seinem Hause nicht unangenehm war.“

Valerie erbleichte.

„Ja, ich war nicht gerade willkommen auf Reynold Farm,“ sagte sie schmerzlich.

„Und du hast dort gelitten, wie ich sehe,“ fuhr der Pfarrer wehmüthig fort. „Das thut mir leid, mein Kind. Meine Krankheit hat mich abgehalten, dir eine passende Stelle zu verschaffen. Offen gesagt, wünsche ich nicht für dich eine Stelle als Gouvernante. Deine Manieren sind fein. Deine Bildung wie dein ganzes Wesen sind derart, daß du eine untergeordnete Stellung nicht leicht ertragen kannst. Das Leben einer Gouvernante aber ist voller Demüthigungen.“

„Und Sie haben noch keine Aussicht auf ein Unterkommen für mich, Mr. Peason?“ fragte Valerie nach einer gedankenvollen Pause.

„Das kann ich nicht sagen. Ich habe mehrere Anerbietungen bekommen und mehrere Briefe geschrieben; aber von den mir bekannten offenen Stellen paßt keine für dich. Ich konnte nicht anders, als dich bei den Reynolds lassen. Warum war dein Vormund aber so ungeduldig, deine Anwesenheit in seinem Hause beendigt zu sehen? Er muß wohlhabend sein, denn er hat große Summen Geldes für deine Erziehung verausgabt. Kannst du mir dieses Räthsel nicht erklären?“

Seine freundlichen, eindringlichen Worte ließen das junge Mädchen nicht länger zaudern; sie wollte ihm alles anvertrauen. Ihr Seelenschmerz war zu groß, als daß sie ihn allein tragen konnte.

„Wer ist Sir Arthur?“ fragte der Pfarrer, als sie nicht sogleich antwortete. „Ist er dein Verlobter?“

Des Mädchens plötzliches Erröthen war ihm eine genügende Antwort.

fassungspartei in diesem hochwichtigen Momente, wo von dem Beschlusse der Partei angeblich „die Zukunft der Partei abhängt“, vollständig frei, zu beschließen, was sie will! Nur soll die Partei einig und mit geschlossenen Reihen in dieser Entscheidungsfrage vorgehen.“ Und wehe der Partei, welche in dieser Lebensfrage die Einigkeit nicht fände. Denn nicht auf das, was beschlossene wird „in dieser Entscheidungs-, dieser Lebensfrage“, kommt es an, sondern einzig und allein auf den einigen, gemeinsamen Beschluss. Welche Logik, welcher Rathschlag! Beschließt, was Ihr wollt in dieser wichtigsten Frage des Momentes, sei der Beschluss noch so unvernünftig, noch so irrig und verkehrt, gleichviel: nur wahr den Schein der Einigkeit nach außen. Wenden wir uns ab von einer solchen bedauerlichen Verirrung des publicistischen Geistes. Was wird nun die Verfassungspartei wirklich beschließen? Wird sie überhaupt zu einem einigen Beschlusse gelangen? Wir glauben es nicht. Es wäre eine Verfündigung gegen die Natur einer jeden öffentlichen Vertretung und eine Verfündigung an der Existenz der Verfassungspartei, wollte dieselbe in dieser Frage, die keine Parteifrage ist, die verschiedenen Fractionen nöthigen, den Ueberzeugungen der einzelnen Mitglieder Gewalt anzuthun und einem auf Kosten der besseren Ueberzeugung erzwungenen gemeinsamen Beschlusse beizupflichten, welcher nur das Ansehen der gesammten Partei und ihren politischen Einfluss für alle Zukunft empfindlich schädigen würde.

Die Geschäftsthätigkeit des k. k. Handelsministeriums im Jahre 1878.

Diesertage ist der amtliche Bericht über die Geschäftsthätigkeit des k. k. Handelsministeriums während des Jahres 1878 der Öffentlichkeit übergeben worden. Dieser Bericht ist auf Anordnung des Handelsministers Freiherrn v. Korb-Weidenheim vom statistischen Bureau des genannten Ministeriums bearbeitet und bildet eine detaillierte Darstellung der Organisation, des Ressorts und der Wirksamkeit dieser obersten Verwaltungsbehörde für die Angelegenheiten des Handels, der Gewerbe, der Schifffahrt, der Eisenbahnen, des Post- und Telegraphenwesens. Aus dem reichen Inhalt des Berichtes greifen wir nachstehende Mittheilungen heraus, welche für die industrielle und commercielle Thätigkeit der Bevölkerung sowie für den inneren und äußeren Verkehr von größerem Interesse sind. Erfindungsprivilegien wurden im Jahre 1878 neu ertheilt 1329, verlängert 1079 und übertragen 75. Dagegen erloschen 1137 und 6 wurden annulliert. Die eifrige Fürsorge für den gewerblichen Unterricht dauerte fort, und wurden neue Fachschulen und Lehrwerkstätten für Holzindustrie, Gewehrherstellung, Stickerei, keramische Chemie und das Eiselnieren eröffnet. Die Frequenz sämmtlicher Fachschulen bezifferte sich, bei einem Stande von 159 Lehrkräften, mit 3928 Schülern. Die Thätigkeit des Handelsministeriums in Expositionsangelegenheiten bezog sich auf 10 inländische und 15 ausländische Ausstellungen.

Auf dem Gebiete des Handels ist zu erwähnen, dass zur Durchführung des neuen Zolltarifes im Einvernehmen mit der ungarischen Regierung die erforderlichen Verordnungen erlassen wurden und bezüglich der Verkehrsbeziehungen zu Italien mehrfache provisorische Vorkehrungen getroffen werden mussten, bis der Vertrag vom 27. Dezember 1878 zustande kam. Ueberhaupt hat die Auslegung des allgemeinen vertragsmäßigen Zolltarifes sowie die Bewilligung zur

Anwendung des Vorkerk- und Appreturverfahrens die Regierung in bedeutendem Maße in Anspruch genommen. Der Schutz der österreichischen Fabriks- und Handelswaren vor Nachahmung im Auslande bildete unaußgesetzt den Gegenstand der Aufmerksamkeit des Handelsministeriums. Die Ereignisse im Orient und der damit im Zusammenhange stehende unbefriedigende Gesundheitszustand in den dortigen Ländern nahm gleichfalls die Thätigkeit des Handelsamtes im Hinblick auf die Verhinderung der Einschleppung epidemischer Krankheiten durch unreine Provenienzen namhaft in Anspruch.

Auf dem Felde des Eisenbahnwesens beschränkte sich die Wirksamkeit auf die Concessionierung mehrerer Zahnrad-, Local- und Pferdebahnen und auf die Gesetzgebung inbetreff der Enteignung, der Erwerbung der niederösterreichischen Südwestbahnen durch den Staat und verschiedener Bau- und Betriebsangelegenheiten. Der Bau der Staatsbahnlagen nahm seinen regelmäßigen Fortgang und der Betrieb wurde in regelrechter Weise fortgeführt. Das Tarifwesen, der Secundärbetrieb, die Haftpflicht der Bahnen bei Unfällen und die Garantie-Angelegenheiten veranlassten ein wiederholtes Eingreifen des Handelsamtes. Die Garantierechnungen wurden vollständig bei 14 Bahnen geregelt. Bezüglich der Schifffahrt und des Wasserbauwesens wurde gleichfalls eine rege Wirksamkeit entfaltet. Im Postwesen erfolgte die Errichtung von 22 neuen Postämtern und die Zulassung mannigfacher Erleichterungen im Verkehr. Auch im Telegraphendienst wurden 32 neue Leitungen in Betrieb gesetzt und 62 neue Stationen eröffnet. Ueberdies hat das Handelsamt auch für die Förderung der Handels- und Verkehrsstatistik sehr viel geleistet.

Die Annahme der bosnischen Vorlage im ungarischen Abgeordnetenhaus.

Das ungarische Abgeordnetenhaus hat bekanntlich die bosnische Vorlage bei namentlicher Abstimmung mit einer Majorität von neunzehn Stimmen zur Grundlage der Specialdebatte angenommen. Vor der Abstimmung hielt der Ministerpräsident eine Rede, die, wie der „P. Lloyd“ berichtet, wiederholt stürmischen Beifall bei der Majorität fand. Diese Redekehrte sich in ihrem ersten Theile gegen Aufstellungen Apponyis und Szilaghis, die sie als Behauptungen charakterisierte und denen sie wieder Behauptungen entgegenstellte. Von allgemeinem und actuellem Interesse ist die Erklärung des ungarischen Ministerpräsidenten, dass der ungarischen Auffassung gemäß, welche man anfänglich in weiten Kreisen diesseits der Leitha nicht getheilt habe, beschlossen wurde, die bosnische Angelegenheit „mittels eines neuen Gesetzes auf ein neues Ministerium zu übertragen“; ferner dass der ungarische Ministerpräsident darauf bestanden habe, dass in den occupierten Ländern keinerlei selbst provisorische Verfügung ohne vorhergehende Kenntnis und Hinzuthun der ungarischen Regierung getroffen werde, und dass die ungarische Regierung ihren diesbezüglichen Einfluss auf Grund des neuen Gesetzes energisch geltend zu machen gedenke; endlich dass die Verwerfung der Vorlage die Verlängerung des gegenwärtigen Militärregimes von nicht allzu kurzer Dauer zur Folge haben würde. Von Bedeutung, die über den Augenblick hinausragt, ist sodann, wenngleich in anderer Richtung, was K. Tisza über die Nothwendigkeit gesagt hat, einestheils seine Meinungen den Anforderungen neuer Anschauungen gemäß zu ändern, und andertheils, dem

gleichberechtigten Compaciscenten gegenüber Nachgiebigkeit walten zu lassen, wenn man die dualistische Rechtslage aufrecht erhalten will. Als eine Folge dieser Rücksichtnahme bezeichnete der Minister die Nothwendigkeit, einzelne Details der Vorlage eventuell der Aenderung zu unterziehen.

Der Beschluss des ungarischen Abgeordnetenhauses findet im „Frdbl.“ nachstehende Würdigung: „Der Beschluss des ungarischen Reichstages, den Gesetzentwurf über die Verwaltung Bosniens als Grundlage für die Specialdebatte zu nehmen, ist ein zweifellosiger Sieg des Cabinets Tisza, dessen Bedeutung durch die heftigen Kämpfe, welche vorangegangen waren, nur erhöht wird. Der Lauf der Debatte hat diesen Umstand zu dem entscheidenden gemacht. Der Wert der Vorlage selbst und die an dieselbe geknüpften principiellen Erwägungen traten vor der taktischen Bedeutung in den Hintergrund, welche die Vorlage angenommen hatte. Denn es wurde klar, dass die vereinigten Oppositionsparteien endlich die Waffe gefunden zu haben wähnten, mit welcher das Cabinet Tisza endlich doch niedergestreckt werden könnte. Tisza hat nun trotzdem das Terrain behauptet und den Angriff, der Laueheit vieler Parteigenossen ungeachtet, zurückgewiesen. Die meisten Organe bringen nun wieder die bekannte Versicherung, es sei dies ein Pyrrhus-Sieg gewesen, aber ein Pyrrhus-Sieg ist besser als eine Pyrrhus-Niederlage. Die Majorität war allerdings eine geringe. Sie betrug neunzehn Stimmen. Der „Pester Lloyd“ räumt jedoch selbst ein, dass diese Frage eine ganz exceptionelle war, welche mit dem sonstigen Programme der Regierung in keinem wesentlichen Zusammenhange steht, und dass demnach aus dieser Abstimmung über die Mehrheit in anderen Fragen nicht geschlossen werden könne. „Pesti Naplo“ und „Egyptertes“ weisen dem Cabinet Tisza wieder einmal den unvermeidlichen Untergang. Diese Prophezeiung taucht bekanntermaßen nicht zum erstenmale auf. Mit Recht bemerkt „Ellenör“, dass Tisza jetzt die größte Schwierigkeit überwunden habe und nunmehr mit der Aussicht auf eine compactere Majorität an die übrigen Aufgaben schreiten könne. In der That war die bosnische Vorlage die gefährlichste Klippe, welche zu umschiffen war. Wohl wird die Opposition in der Specialdebatte die Versuche erneuern, die Vorlage und mit ihr das Cabinet aus den Angeln zu heben, aber es ist kaum anzunehmen, der ungarische Reichstag werde in seiner Specialdebatte den Beschluss, mit welchem die Generaldebatte endete, desavouieren wollen.“

Russland und die deutsch-österreichische Entente.

Die europäische Presse fährt fort, die Bedeutung der Besuche, welche der Großfürst-Thronfolger von Russland soeben dem österreichischen und dem preussischen Hofe abgestattet hat, zu erörtern. Ziemlich allgemein wird dabei der Ansicht Ausdruck gegeben, die Reisen des Besarewit schänden in innigem Zusammenhang mit einem Umschwung, der sich in den Anschauungen der maßgebenden russischen Kreise vollzogen habe und der auf die endlich gewonnene richtige Erkenntnis des friedlichen Charakters der österreichisch-deutschen Entente hinauslaufe. Diese Auffassung erscheint um so berechtigter, als von dem Moment an, wo sich der russische Thronfolger zum Besuche der Höfe von Berlin und Wien entschloss, die Heßereien gegen Deutschland und Oesterreich-Ungarn, in denen sich die Moskauer und Petersburger Blätter Monate hindurch ausgezeichnet hatten, verstummten. Wie sogar eine Petersburger Corre-

„Das würde eine glänzende Partie für dich sein, Valerie. Weshalb verweigert dein Oheim seine Einwilligung zu der Heirat?“

„Mr. Reynold sagt, ich könnte nie heiraten, weil ich keinen Namen habe.“

„Weil du keinen Namen hast?“ wiederholte der Pfarrer erstaunt.

„Ich kann Ihnen die Sache kaum erklären, Mr. Beason,“ stammelte Valerie. „Doch Sie sollen das ganze Geheimnis erfahren. Ich bin die Tochter der Miss Emmy Reynold, welche von einem Elenden hintergangen worden ist. Ihr vermeintlicher Gatte heiratete eine andere und meine unglückliche Mutter stand mit mir allein. Da nahm sich Mr. Reynold meiner an und ließ mich erziehen.“

Mr. Beason war sprachlos vor Ueberraschung.

„Mein Onkel sagte mir,“ fuhr Valerie fort, „dass ich ein großes Unrecht begehen würde, wenn ich Sir Arthur heiratete. Der junge Baronet entstammt einer der ältesten Familien Englands, und er hält viel auf seines Namens Ehre!“

„Arme Valerie!“ murmelte der Pfarrer.

„Mr. Reynold meint, dass meine Mutter noch am Leben sei —“

Sie brach verwirrt die Rede ab.

„Mein Kind,“ sagte Mr. Beason seufzend. „Unter diesen Umständen darfst du Sir Arthur Rushfield nicht heiraten.“

Valerians Brust entrang sich ein tiefer Seufzer.

„Sie haben recht, Mr. Beason,“ sprach sie mit zitternder Stimme. „Ich muss meiner Liebe entsagen, ich darf Arthur nicht wiedersehen. Aber ich werde ihn stets lieben und für sein Glück beten.“

„Und was willst du nun beginnen, mein Kind?“ fragte der Pfarrer sanft.

„Ich glaube, dass meine Mutter lebt, und wenn das der Fall ist, so ist es meine Pflicht, sie aufzusuchen und für sie zu sorgen,“ antwortete Valerie lebhaft.

„Bist du nicht ein wenig zu voreilig, Valerie?“ fragte Mr. Beason ernst. „Vorläufig ist das Nothwendigste, dass du eine Heimat findest.“

„Aber weshalb soll ich nicht meine Mutter aufsuchen und, wenn ich sie finde, mich mit ihr über unsere Zukunft verständigen?“

Der Pfarrer schüttelte den Kopf.

„Eine alte Freundin von mir, eine höchst wunderliche alte Dame, schrieb mir vor ein paar Tagen und bat mich, für sie eine Gesellschafterin zu engagieren,“ sagte er, ihrer Frage ausweichend. „Sie wohnt in einem abgelegenen alten Schlosse im schottischen Hochlande. Es ist mir vorher nicht eingefallen, deine Persönlichkeit mit dieser Stelle in Verbindung zu bringen, denn das alte Schloß und der Charakter seiner Besitzerin sind nicht gerade einladend. Aber du bist dort sicher und du kannst das Schloß wieder verlassen, sobald ich eine bessere Stellung für dich finden sollte. Willst du zu Miss Winham gehen?“

„Wenn ich nach Schottland gieng, müßte ich meinen Plan, meine Mutter aufzusuchen, fallen lassen.“

Aber ich will es thun, Ihnen zuliebe. Wollen Sie der Dame schreiben, ob sie mich als Gesellschafterin engagieren will?“

„Ich will ihr mittheilen, dass eine Gesellschafterin für sie übermorgen auf dem Schlosse ankommen wird.“

Er that sogleich, wie er gesagt, und ließ die Haushälterin den Brief nach der Post bringen.

Valerie blieb den ganzen Tag über im Pfarrhause, von wo aus sie am Abend von der Haushälterin in ihr Hotel zurückbegleitet wurde. Am andern Morgen zu früher Stunde fand sich Mr. Beason ein. Er fand Valerie schon reisefertig. Sie stiegen in den bereitstehenden Wagen und fuhren nach dem großen Nordbahnhofe.

Hier angekommen, löste Mr. Beason für das junge Mädchen ein Billet, brachte sie in ein Damencoupe und verabschiedete sich von ihr, die besten Glückwünsche ihr auf die Reise mitgebend.

„Ihr wird eine schwere Aufgabe zutheil,“ dachte er, als er auf dem Perron stand und dem dahinsahrenden Zuge nachsah. „Es scheint mir fast zweifelhaft, ob ich recht gethan habe, sie abreisen zu lassen. Aber was auch kommen mag, sie wird in jener Einsamkeit vor jedem Ungemach geschützt sein!“

Beruhigt verließ er den Bahnhof, nicht ahnend, dass Valerie, indem er sie zu Miss Winham nach Schottland schickte, geradewegs ihrem Verhängnis entgegeneilte, welches ihr eine Kette schwerer Prüfungen auferlegen sollte.

(Fortsetzung folgt.)

pendenz der „Wiener Abendpost“ wissen will, geschah es auf ausdrücklichen Befehl des Zaren, daß den russischen Journalen die Fortsetzung ihrer gehässigen Polemik gegen die beiden Nachbarreiche untersagt wurde. Hierzu bemerkt das „Fremdenblatt“: „Wir wollen nicht fragen, warum dieser Befehl so spät erlassen wurde; indessen meinen wir denn doch, daß die deutsche und österreichische Presse, gerade weil die chauvinistischen Organe der russischen Blätter Monate hindurch unbehindert fortgesetzt werden durften, vollauf berechtigt war, dahinter etwas mehr zu vermuten, als bloße Zeitungsradomontaden. Wir glauben dem Petersburger Correspondenten der „Wiener Abendpost“ gern, daß es in Rußland ernste politische Kreise gibt, welche nie an einen Krieg mit Deutschland gedacht haben; ja, wir wollen auch zugeben, daß in diesen Kreisen selbst der Gedanke eines Krieges mit Oesterreich-Ungarn perhorrescirt wurde; aber leider hatte es längere Zeit den Anschein, als ob der Einfluss dieser gemäßigten, von Staatsmännischen Erwägungen geleiteten Kreise mehr als paralytisch sei. Die Gefahr, daß in der russischen Politik nicht die russischen Staatsmänner, sondern die panslavistischen Agitatoren das entscheidende Wort zu sprechen haben würden, lag eine Zeitlang sehr nahe, ja so nahe, daß die deutschen und österreichischen Staatsmänner ihre Pflicht vernachlässigt haben würden, wenn sie solch' eine Eventualität nicht allen Ernstes in Erwägung gezogen und ihr gegenüber nicht im voraus Stellung genommen hätten.“

„Heute ist die Gefahr überwunden. Für die nächste Zeit wenigstens ist nicht zu besorgen, daß in Rußland jene Elemente, gegen welche fest zusammenzuhaltende Deutschland und Oesterreich-Ungarn das allervollste Interesse haben, zur Herrschaft gelangen werden. Die Besuche, welche der Zesarewitsch hier und in Berlin abgestattet hat, sind uns dafür umso mehr eine vollgültige Bürgschaft, als alles, was der Erbe des russischen Kaiserthrones hier wie in der deutschen Hauptstadt zu beobachten Gelegenheit hatte, ihn nur in der Ueberzeugung bestärken konnte, daß die österreichisch-deutsche Entente durchaus nicht eine Schädigung der russischen Interessen involviert. Wir sind allerdings nicht eingeweiht in die Geheimnisse der Gespräche, welche der Zesarewitsch hier und in Berlin gepflogen hat; worüber wir jedoch sehr wohl unterrichtet sind, das ist das Wesen und der Charakter der österreichisch-deutschen Freundschaft, und weil wir die durchaus friedlichen Zwecke dieser Freundschaft kennen, weil wir ferner wissen, daß dieselben in vollstem Einklang stehen mit den wichtigsten Interessen beider Reiche, können wir auch, ohne dazu besonderer Informationen zu bedürfen, mit aller Bestimmtheit sagen, daß das Verhältnis der beiden Kaiserreiche durch die Reisen des Zesarewitsch in keinem Punkte irgendwie alteriert worden ist. Sollte sich der Großfürst-Thronfolger, was wir allerdings für sehr unwahrscheinlich halten, mit dem Gedanken getragen haben, die österreichisch-deutsche Entente zu lockern und den einen oder anderen der beiden Alliierten enger an Rußland zu knüpfen, wird er sich gewiss von der Unmöglichkeit solch' eines Beginns überzeugt haben.“

„Die vernünftigste Politik, welche Rußland gegenüber der österreichisch-deutschen Freundschaft beobachten kann, die einzige, welche seinen wahren Interessen entspricht, besteht darin, die durch unsere Beziehungen zu Deutschland geschaffene internationale Situation rückhaltlos zu acceptieren. Wir reden damit keineswegs einer Wiederbelebung der Drei-Kaiser-Allianz, von welcher während der letzten Tage vielfach die Rede war, das Wort. Die Zeiten der Drei-Kaiser-Allianz sind unserer Ansicht nach vorüber; wir glauben wenigstens nicht, daß sich das österreichisch-deutsche Bündnis bei der gegenwärtigen Constellation der europäischen Verhältnisse zum Drei-Kaiser-Bunde entwickeln kann. Wohl können wir nicht oft genug betonen, daß die österreichisch-deutsche Entente nach keiner Seite hin eine aggressive Tendenz verfolgt. Wenn neuerdings russische Regierungsorgane, wie der Brüsseler „Nord“, entdeckt haben wollen, die „eigentliche Spitze“ der Entente richte sich gegen England, so ist das mindestens ebenso unbegründet, wie die früher von denselben Blättern gehegte Sorge, diese Spitze sei gegen Rußland gekehrt. Aber wenn sich die österreichisch-deutsche Freundschaft auch von keinen, einem anderen Reiche feindslichen Tendenzen leiten läßt, wenn auch die beiden Alliierten jederzeit zum freundschaftlichen, friedlichen Zusammenwirken mit anderen Staaten namentlich dann bereit sind, wenn es sich um die Geltendmachung allgemeiner europäischer Interessen handelt, so sind doch ihre gegenseitigen Beziehungen so eigenartig, beuhen auf so besonderen, durch Geschichte und geographische Lage bedingten Verhältnissen, daß eine Erweiterung der österreichisch-deutschen Bundesgenossenschaft durch eine andere Macht kaum zu wünschen wäre. Deutschland und Oesterreich-Ungarn genügen einander vollständig. Wie beide aufeinander angewiesen sind sie auch, wenn sie zusammenhalten, jederzeit, je nachdem sich die Ereignisse entwickeln, in der Lage, ihre Interessen nach allen Seiten hin zur Geltung zu bringen. Sie brauchen sich nicht voreilig, weder nach rechts noch nach links, die Hände zu binden. Wenn dem Frieden des Welttheiles von irgend einer Seite

Gefahr droht, werden sich, ohne daß es dazu vorheriger Abmachungen bedürfte, alle Mächte um sie vereinigen, welche gleich ihnen die Erhaltung des Friedens wünschen, welche gleich ihnen dafür einzutreten entschlossen sind, daß, wo es sich um europäische Interessen handelt, nicht das Machtgebot eines Einzelnen, sondern der Aeopag der europäischen Mächte das letzte Wort zu sprechen habe.“

Tagesneuigkeiten.

— (Afrikanische Mission unter österreichischem Schutze.) In einigen Tagen bricht von Kairo eine kleine Expedition, bestehend aus den Herren Arthur Bonhard, Dr. Victor Fuchs, Dr. Sebastian Rechenmacher und den barmherzigen Schwestern Eulalie Resavento, Marie Bertuzzi, Mathilde Lombardi und Marietta Caprini sammt Dienerschaft, nach Chartum auf, um sich der dortigen, unter österreichisch-ungarischem Schutze stehenden katholischen Mission für Centralafrika anzuschließen. — Mit dem nächsten nach Massawa bestimmten Schiffe wird der bekannte Afrika-Reisende Dr. Junker, ein russischer Staatsangehöriger deutscher Nationalität, sich ebenfalls nach Chartum begeben, um von dort aus gleich nach dem bei seiner letzten Reise erreichten Punkte zu reisen und sohn weiter vorzudringen.

— (Das Telephon im Festungsdienste.) Als im vorigen Jahre die wunderbaren Wirkungen des Bell'schen Telephons bekannt wurden, ahnte man wohl kaum, trotz der großen Verbreitung, deren sich dieser Apparat im Handumdrehen erfreute, daß in kürzester Zeit die damals noch gleichsam in den Kinderschuhen stehende Erfindung durch Verbesserungen zu derjenigen Ausbildung gelangen werde, wie sie sich heute im Edison'schen Telephon, Mikrophon und Phonographen präsentiert. Einer Anordnung des k. k. Kriegsministeriums zufolge soll nun noch eine Anzahl von Telephons in der Festung Krakau angebracht werden. Man verfolgt hierbei den Zweck, eine einheitlichere und schnellere Befehlsgebung im Bereiche der Festung bis zu den äußersten Vorwerken zu erzielen, als dies durch den elektrischen Telegraphen möglich ist, und basiert dies auf der größeren und intensiveren Wirkung des gesprochenen Wortes gegenüber dem geschriebenen. Fürs erste wird nur ein Theil der Krakauer Festung mit Telephons versehen, die weitere Anbringung derselben soll dann auf Grund der in der Festung selbst gesammelten Erfahrungen später vor sich gehen. Die Lemberger Telegraphen-Direction wurde mit der Durchführung dieser Anordnung betraut, und sind die Telephons (nach dem verbesserten System Teirich und Leopolders) sowie die anderen Utensilien bereits nach Krakau abgeseendet worden.

— (Faulbrut der Bienen.) Zeitungsnachrichten zufolge ist die Faulbrut — auch Brutpest oder Brutseuche — der Bienen im Königreiche Italien aufgetreten, und ist die Besorgnis rege geworden, daß sich dieses ansteckende und gefährliche Uebel auch über die Grenze ausdehnen und in Oesterreich verbreiten könne. Diese Gefahr ist jedoch kaum zu befürchten, nachdem, zufolge der „Ausweise über den auswärtigen Handel der österreichisch-ungarischen Monarchie“, herausgegeben von der k. k. statistischen Centralcommission, ein eigentlicher Verkehr in Bienenproducten oder bevölkerten Bienenstöcken zwischen beiden Ländern nicht besteht. Die italienische Biene Apis mellifera ligustica, welche in Oesterreich vielfach eingeführt wurde, wird nur aus Preussisch-Schlesien bezogen. Die Einschleppung der Brutseuche könnte daher nur durch italienischen Honig, der zum Füttern der Bienen über Winter verwendet würde, erfolgen. Allein die jährliche Einfuhr von Honig in Oesterreich ist unbedeutend, während die Ausfuhr viel beträchtlicher ist. Aber selbst in dem Falle einer Einschleppung der Faulbrut wäre ein Grund zur Besorgnis von Verlusten nicht vorhanden, nachdem die Wissenschaft das Mittel an die Hand gegeben hat, diese durch einen Mikrocooccuspilz verursachte Seuche vollständig zu beseitigen. Es besteht dasselbe in einer Salicylsäure-Lösung, welche im Zustande feiner Zertheilung (Zerstäubung, wozu einfache, sehr zweckmäßige Apparate im Gebrauche sind) den kranken Stöcken applicirt wird.

— (Die Preisconcurrenz für weibliche Handarbeiten) mit Prämien von 1500 M., 1000 M. und zehn Preisen à 50 Mark, welche vom „Berliner Modenblatt“ im April d. J. ausgeschrieben wurde und die in der am 8. November stattgefundenen Preisvertheilung ihren Abschluß erhielt, hat im Publicum lebhaften Anklang und rege Theilnehmung gefunden. Zwar zeichnen sich nicht alle eingesandten Arbeiten durch Originalität und vollendete Schönheit aus; dennoch ist des Guten und Preiswerthen so viel zusammengekommen, daß die Wahl für die zwölf Preise eine sehr schwierige war. Der erste Preis von 1500 Mark wurde Frau Luise Scherber, Kaufmannsgattin in Würzburg, für einen höchst kunstvoll, ganz mit der Hand aus seinem Silberdraht ausgeführten Brautkranz nebst mehreren Sträußen zuerkannt. Den zweiten Preis von 1000 Mark erhielt Frau Johanna Schult, Nr. 123 Grindelallee in Hamburg, für eine Portièrre, welche sich durch eine glückliche und originelle Wahl des verschiedenartigsten Materials, durch überraschende Farbenwirkung und fleißige Hand-

arbeit auszeichnet. Das ehren-, aber auch mühevolle Preisrichteramt hatte unter dem Vorsitz von Frau Franz Ehardt ein Comité von elf Damen übernommen bestehend aus: Frau Knut Ekwall, Frau Staatsminister Falk, Frau Alwine Gebhardi, Frau Generalmajor Hartmann, Frau Generalintendant von Hülßen, Fräulein Minna Laudien, Frau Schepler-Vette, Frau Geheimrath Waiz, denen sich zwei Damen der Redaction des „Berliner Modenblatt“ angeschlossen.

— (Erdrutsch am Rigi.) Wie man dem „Schwäb. Merk.“ telegraphirt, erfolgte Samstag, den 15. d., morgens halb 4 Uhr bei Bignau ein kolossaler Erdrutsch. Der sonst friedliche Döbzbach drohte als gewaltige Schlammflut donnernd, mit Felsblöcken und Tannen vermischt, sein Bett zu überschreiten. Oben am Bignauerstod hatten sich mehr als tausend Cubikmeter mit darauf stehendem Walde gelöst und sind in die Tiefe gestürzt und hatten die am Scheidewege gelegene Sanct-Antoni-Kapelle zwanzig Fuß hoch mit Schlamm überdeckt und den Thalkessel gefüllt. Woher die Wassermasse, ist schwer erklärlich, möglicherweise veranlaßt ein kleineres Erdbeben die Bewegung früher einzutreten. Es wird wacker gearbeitet und werden Wehre aufgerichtet. Weggiser und Luzerner sendeten Hilfsmannschaften. Von Bundeswegen sind Salis und Coaz eingetroffen. Unfälle an Personen sind bis jetzt keine zu beklagen. Die lavartige Schlammflut fließt ruhig nach dem See. Es ist zu hoffen, daß Bignau mit dem Schrecken davonkommen wird.

— (Champagnerverbrauch.) Vielleicht wird man dereinst die Cultur der Nationen nach dem Champagnerverbrauche bemessen. Jedenfalls beschäftigt man sich schon jetzt mit einer Statistik desselben. Es consumieren hienach von jenem verführerischen Getränke jährlich: Spanien 300,000, Belgien 500,000, Italien 500,000, Holland 600,000, Deutschland 1,500,000, England 5,000,000, Rußland 2,000,000, Frankreich 2,500,000 und Nordamerika 10,000,000 Flaschen.

Locales.

— (Ernennung.) Der Reserve-Assistenzarzt Stellvertreter des Laibacher Garnisonsspitals Nr. 8, Dr. Alexander Eisenwenger, wurde zum Oberarzt in der Reserve des Infanterieregiments Ludwig IV., Großherzog von Hessen, Nr. 14 ernannt.

— (Gemeinderathssitzung.) Für die zweite, am Montag, den 24. d. M., um 5 Uhr nachmittags stattfindende Sitzung des Laibacher Gemeinderathes wurde folgende Tagesordnung ausgegeben: I. Berichte der Personal- und Rechtssection: 1.) über den Recurs der Marienbruderschaft wider die magistratische Anordnung der Todten-Beschau- und Beschreibgebühren von den bei der Bruderschaft für die Beerdigung versicherten Personen; 2.) über eine an das hohe Abgeordnetenhaus des Reichsrathes zu überreichende Petition um einige Aenderungen des Wehrgesetzes; 3.) über die Bewilligung der Abschreibung von einigen uneinbringlich gewordenen städtischen Miethzinsforderungen; 4.) über die Besetzung zweier Dienstposten erster Klasse in der städtischen Sicherheitswache. II. Berichte der Schulsection: 1.) über die Verleihung von drei Plätzen der städtischen Kaiser-Franz-Josef-Stiftung für Realschüler; 2.) über die erfolgte Bestellung eines Aushilfslehrers an der ersten städtischen Knaben-Volksschule. III. Bericht des Tivolicomités über den Antrag des G. H. Gorzié auf Bepflanzung der Tiranauerlande und der Ziegelstraße mit Kastanienbäumen. IV. Bericht der Bansection: über die angesuchte Passirung der bei den Neubauten am städtischen Bade „Colesia“ stattgehabten Ueberschreitungen der genehmigten Kostenvoranschläge. — Nach Schluß der öffentlichen ist noch eine geheime Sitzung anberaumt.

— (Stand der Rinderpest.) Ein neuer Rinderpestausbruch wurde in letzterer Zeit bloß in der zur Ortsgemeinde Großflak im Rudolfswerter Bezirke gehörigen Ortschaft Korenitka constatirt, dagegen ist die gefährliche Seuche seit dem letzteröfentlichten Ausweise in sechs weiteren Gemeinden und seit ihrem ersten Auftreten in Krain im ganzen bereits in 42 Ortschaften erloschen, es deuten somit alle Anzeichen darauf hin, daß unser schwer heimgefügtes Land voraussichtlich schon in Kürze von dem unheimlichen Gaste vollends befreit sein wird. Gegenwärtig sind außer der eingangs genannten Ortschaft Korenitka noch 13 Orte in Krain, beziehungsweise 71 Gehöfte verseucht. In diesen 13 Ortschaften sind bei einem Gesamtviehstande von 1640 Rindern, 445 Schafen und 199 Ziegen: 104 Rinder erkrankt, hievon sind 28 gefallen, 76 als krank getödtet und außerdem als seuchenverdächtig 273 Rinder, 27 Schafe und 14 Ziegen gefeult worden. Der Gesamtviehverlust in diesen Orten belauft sich somit auf 377 Rinder, 27 Schafe und 14 Ziegen.

— (Pferdelicitations.) Das hiesige 12. Artillerieregiment wird am 3. Dezember d. J. in Laibach gegen 100 überzählige ärarische Zugpferde im öffentlichen Licitationswege zur Veräußerung bringen.

— (Zeichnungen.) In der Bamberg'schen Buchhandlung sind heute nach morgen eine größere Kreidezeichnung — das Porträt eines hiesigen Geschäftsmannes — eine Aquarellansicht des neuen Sparkassegebäudes, eine Bleistiftzeichnung (Partie aus der Kanter) und einige

